

Tumpel: Budgetvoranschlag verschlimmert Lage an Universitäten

Utl.: Unis bekommen heuer um mehr als 100 Millionen Euro weniger als im Vorjahr =

Wien (AK) - Als "reines Kürzungsbudget, das in Wirklichkeit ein bildungspolitischer Bankrott ist", kritisiert AK-Präsident Herbert Tumpel das Budget 2003/2004. Tatsächlich bekommen die Universitäten heuer um mehr als 100 Millionen Euro weniger als im Vorjahr, auch das Budget 2004 ist viel zu wenig, um die Mehrkosten der sogenannten "Unireform" und die Kürzungen der Vorjahre wettzumachen. Auch die Mittel für die Studienförderung werden de facto eingefroren. "Die Universitäten werden mit einem riesigen Defizit in die so genannte Autonomie entlassen", kritisiert Tumpel, "die Unis werden das Geld aus den Studiengebühren dann zum Stopfen der Budgetlöcher brauchen, von einer Verbesserung der Studienbedingungen kann keine Rede sein. Dies betrifft besonders die berufstätigen Studierenden. Das ist keine Bildungsoffensive, das verschlimmert die Lage." Tumpel fordert daher, dass die Bildungsministerin sofort handelt, damit Beruf und Studium besser vereinbar sind.***

Die Ausgliederung der Universitäten sowie die geplante Errichtung eigener medizinischer Universitäten wird beträchtliche Mehrkosten verursachen. Durch die nunmehr geplante Budgetkürzung im heurigen Jahr um mehr als 100 Millionen Euro wird die Lage noch verschärft: Mit negativen Auswirkungen für Studierende und Beschäftigte, mit einem Stopp bei Personaleinstellungen und Investitionen ist daher zu rechnen. Zudem fließen die Gebühren der Studierenden 2003 noch in den Bundeshaushalt und dienen nicht zur Verbesserung der Studiensituation. Auch die geplante Steuerreform bezeichnet Tumpel bestenfalls als "Augenauswischerei auch für Studenten". Dass StudentInnen mit einem Einkommen über 1.035 Euro brutto die Studiengebühren von der Steuer absetzen können, bringt kaum jemandem etwas. Nur knapp 15 Prozent der StudentInnen verdienen überhaupt soviel.

Zwei Drittel der Studierenden, knapp 120.000 Personen, waren im Vorjahr während des Semesters berufstätig. Elf Prozent waren Vollzeitwerbstätige, das heißt sie haben mehr als 35 Stunden pro Woche gearbeitet. Fast 75.000 Studenten sagen, sie müssen wegen der Studiengebühren mehr arbeiten als früher. Sechs von zehn

berufstätigen Studenten würden gerne weniger arbeiten, damit sie mehr Zeit fürs Studium haben, können sich das aber nicht leisten. Für diese Gruppe wird viel zu wenig getan.

Tumpel fordert daher Maßnahmen, damit Studium und Beruf besser vereinbar werden:

- + Weg mit den Studiengebühren. Als erster Schritt sollen berufstätige Studierende nur für jene Lehrveranstaltungen zahlen müssen, die sie auch wirklich in Anspruch nehmen können
- + mehr finanzielle Unterstützung für berufstätige Studierende
- + ein eigenes Berufstätigenangebot an Unis in größeren Studienrichtungen mit einem hohen Erwerbstätigenanteil, wie Wirtschaftsstudien und Jus
- + mehr Abend- und Blockveranstaltungen
- + Öffnungszeiten von Bibliotheken und Instituten müssen an die Situation berufstätiger Studenten angepasst werden
- + mehr Orientierungshilfen und Beratung für berufstätige Studierende zu Studienbeginn
- + besserer Einsatz von Internet und neuen Kommunikationstechnologien.

~

Rückfragehinweis: AK Wien Presse
Katja Robotka
Tel.: (+43-1) 501 65-2331
<mailto:katja.robotka@akwien.at>
<http://www.akwien.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0085 2003-05-16/11:04

~

161104 Mai 03

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030516_OTS0085